

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Lieferung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. für Postbezugs nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Jeder Briefband bezogen für Deutschland und Oesterreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. einschließlich Postumschlag, per Brief für Deutschland und Oesterreich 20,- M. Expedition, Agitation und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtspaltige Komparatabelle über deren Raum kostet 8,- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Karte. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2080, 2045, 4510 4603, 4635, 4643, 4622.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Massenflucht aus Warschau

Vor der Einnahme Warschaus?

London, 16. August.

„Daily Express“ meldet aus Warschau, daß mindestens 300 000 Einwohner die Stadt verlassen haben. Die französische und die englische Militärmission befinden sich noch in der Stadt. Nach einer Meldung, die amtlich noch nicht bestätigt ist, sollen russische Truppen bereits in Praga, die auf dem rechten Weichselufer liegende Vorstadt Warschaus, eingebrungen sein. Von anderer Seite wird berichtet, daß auch die Weichselinie gefährdet sei. Wie weit diese Nachrichten zutrifft, kann erst beurteilt werden, wenn genauere Meldungen über die Stellung der starken polnischen Weichselstellungen vorliegen.

Beginn der Schlacht

Paris, 15. August.

Der Sonderberichterstatter des „Matin“ meldet aus Warschau vom Sonnabend abend, die große Schlacht um Warschau habe begonnen. Die erste Phase sei wegen des Verzagens eines polnischen Regiments nicht gut gewesen. Eine wichtige Position bei Radzymin habe aufgegeben werden müssen, aber im Laufe des Tages habe das Gleichgewicht wieder hergestellt werden können. Die Stellung sei mit großen Verlusten für die Rote Armee wiedergewonnen worden, und die polnischen Truppen hätten einen für die Gesamtverteidigungslinie wichtigen Erfolg erzielt. Das Schicksal der Schlacht werde in etwa vier Tagen entschieden sein.

Polnischer Heeresbericht

III. Warschau, 16. August.

Polnischer Heeresbericht vom 15. August: Die Aktionen unserer Nordarmee verlaufen günstig für uns. Die Zahl der Gefangenen erhöht sich in der Gegend von Sochocin auf 600. Wir erbeuteten 120 Munitionswagen und 80 Proviantwagen. Die Haltung unserer Kavallerie, die auf diesem Abschnitt nur aus Freiwilligen besteht, ist bei diesen Kämpfen besonders hervorzuheben. Im Raion Cigra-Redzmin-Stunien-Gestrafowicna an. Die Kämpfe um Radzymin waren besonders erbittert. Der Ort wechselte mehrere Male seine Besitzer. Am 15. d. Mts. war Radzymin endgültig von unserer Abteilung besetzt. Auch bei Cholm und Hrubieszow haben unsere Truppen Erfolge gehabt. Bei Hrubieszow sind 11 Maschinengewehre und anscheinlich Munitionsvorräte in unsere Hände gefallen, außerdem mußte der Feind mehrere Geschütze und Maschinengewehre im Bug verjagen. Wir nahmen 100 Bolschewisten, darunter einen Stabschef gefangen. Im Süden wurden die Orte Sobol und Stodzy in aller Ordnung geräumt, wobei wir sämtliches Eisenbahnmateriale forschlupften.

Polnisch-russische Verhandlungen

Pessimismus in England

III. London, 15. August.

Manchester Guardian erzählt, daß die Ansichten auf ein Gelingen der Verhandlungen in Warschau nicht optimistisch seien. Die Polen hätten noch die Überzeugung, daß sie noch nicht geschlagen seien und durch eine Fortsetzung des Kampfes ihre Stellung verbessern können. Die polnische Friedensordnung hat den Auftrag erhalten, die Forderung, daß Polen sich ganz oder teilweise entzweigen solle, nicht anzunehmen.

Waffenhilfe für Wrangel

London, 15. August. (Reuter.)

Der englische Aktionsrat hat ein Telegramm des Sekretärs der zweiten Internationalen, Hymans, erhalten, in dem dieser mitteilt, daß französische Munitionsendungen für Wrangel bereits in Antwerpen eingetroffen sind, wo sie von der belgischen Regierung wegen der Weigerung der Arbeiter, Munition zu beschaffen, angehalten wurden.

Die Friedensaktion der englischen Arbeiterpartei

Amsterdam, 14. August.

Reuter zufolge hat der Aktionsrat der englischen organisierten Arbeiterpartei beschlossen, den Vorsitzenden Adamson und das Mitglied Gooling nach Paris zu senden, um mit den Vertretern der Confederation generale du travail und den französischen Sozialisten zu beraten.

„Daily Mail“ schreibt: Die gestrige Arbeiterkonferenz in London war vermutlich die einzige, bedeutungsvollste und wichtigste politische Versammlung der Arbeiterklasse, die unsere Geschichte je erlebt hat. Nur zwei Tage waren dazu verwendet worden, die Versammlung einzuberufen, und mehr als tausend Delegierte waren zugegen. Zum ersten Male seit dem Kriege waren alle Richtungen der Arbeiterpartei vertreten. Am bemerkenswertesten war es, daß keine Opposition, kein Geränk, keine Kriterien und keine Verhinderung kam. Es war nichts als vollzählige und begeisterte Einmütigkeit zu be-

Man erwartet keinerlei Ergebnis der Unterhandlungen in Warschau bis frühestens Mittwoch. Im allgemeinen hat man ziemlich pessimistische Ansichten über die Verhandlungen. Man fürchtet, daß die französische Politik die ablehnende Haltung der Polen bestärken wird, so daß sie vielleicht die vorgeschlagenen Bedingungen der Sowjetregierung ablehnen werden. Die Bolschewisten selbst sind mit milderer Bedingungen ihrer Führer nicht zufrieden und wünschen Warschau zu besetzen. Die roten Truppen greifen jetzt aus einer Front von 40 Kilometer von Norden bis Nordosten die Stadt an.

Die polnische Delegation

London, 15. August.

Dem Weekly Despatch wird aus Warschau gemeldet: Die polnische Waffenstillstands- und Friedenskommission habe gestern früh Warschau verlassen. An ihrer Spitze stehe der Unterstaatssekretär Domski.

Der Rat für nationale Verteidigung hält am 17. d. Mts. eine Sitzung ab, in der das Ergebnis der Verhandlung von Warschau zur Beratung steht.

Notterdam, 15. August.

Der Warschauer Korrespondent des Manchester Guardian meldet, die polnischen Delegierten seien überzeugt, daß die Polen nicht geschlagen seien und bei einer Fortdauer des Kampfes ihre Lage verbessern könnten. Die Delegierten hätten Auftrag erhalten, jede Entzweiigung, gleichviel, ob vollständig oder teilweise, abzulehnen.

Rußlands Standpunkt

Paris, 16. August.

Die Petit Parisien aus London meldet, hat Kamenev einen Brief an Lloyd George gerichtet, in dem er sagt, angesichts der Feindseligkeit der französischen Regierung, die mit der polnischen Regierung ein Bündnis eingegangen sei, durch das die Haltung der Sowjetregierung erschwert werde, und das daraus hinausgehe, die internationale Friedenskonferenz zu verhindern, halte es die russische Regierung nicht für nötig, die der englischen Regierung mitgeteilten Waffenstillstandsbedingungen abzuändern.

Die Haltung Frankreichs

Paris, 15. August.

Der Temps schreibt offenbar beeinflusst, die französische Regierung habe die polnische Regierung nicht angefordert, die Friedensbedingungen der Bolschewisten zurückzuweisen, sie habe sich lediglich darauf beschränkt, den sehr natürlichen Wunsch auszusprechen, daß die Friedensbedingungen, die man annehmen sollte, die politische Unabhängigkeit Polens und seine ethnographische Integrität nicht berühren.

Paris, 16. August.

Im Leitartikel des Temps heißt es, ebenjowenig, wie die englische, habe die französische Regierung geplant, Truppen gegen die Rote Armee zu senden. Militärisch würde es gefährlich sein, ein Expeditionskorps zwischen ein feindliches Deutschland und Rußland zu schieben, politisch aber widersinnig, denn die französische Politik beruhe darauf, dem Vertrage von Versailles Achtung zu verschaffen, das heißt, am Rheine Wacht zu halten. Wenn Frankreich Polen zu beschützen hätte, so müßte dies im Westen und nicht im Osten geschehen.

merken. Für glückliche Eintracht danke Robert Smille „unserem Kameraden Churchill“. Winston, sagte er, hat die englische Demokratie geehrt, was sie bisher aus eigener Kraft nicht fertig gebracht hat. Jetzt, wo die Einigkeit da ist, möge Gott uns den Bestand geben, daß wir sie bewahren.

Einberufung des Büros des Internationalen Gewerkschaftsbundes

Paris, 15. August.

Havas berichtet, daß einer Einladung der C. G. T. folgend das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes auf den 19. August nach Amsterdam einberufen würde zur Prüfung der durch den russisch-polnischen Krieg geschaffenen Lage. Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes ist Appleton von der englischen Tradeunion, Vizepräsident ist Souhauz.

Der russische Eisenbahnverkehr

III. London, 16. August.

Manchester Guardian erzählt von seinem Korrespondenten in Moskau, daß dieser nach einer Reise von 20 Stunden von der Grenze in Moskau eingetroffen ist. Er gibt ein ausführliches Bild von den gestörten Zuständen in Sowjetrußland, besonders auf dem Gebiete des Eisenbahnverkehrs. Der Verkehr sei jetzt weit besser als vor vier Monaten. Diesem betreffe nicht nur die unmittelbare Umgebung Moskaus, sondern ganz Rußland.

Vor dem Zusammenbruch der Getreidebewirtschaftung

Immer deutlicher stellt sich heraus, daß noch nicht einmal die hohe Frühdruschprämie imstande ist, die Großgrundbesitzer zur Ablieferung des Getreides zu veranlassen. Wir haben schon von einer Mitteilung des preussischen Landwirtschaftsministers Kenntnis gegeben, wonach die Ablieferung von Brotgetreide aus der neuen Ernte so lässig betrieben werde, daß eine Störung in der Belieferung der Großstädte mit Mehl für die nächste Zeit zu befürchten sei. Auch das Reichsfinanzministerium verbreitet eine Erklärung, in der festgelegt wird, daß die Lieferungen an Brotgetreide hinter den Erwartungen erheblich zurückbleiben. Es sei dadurch unmöglich geworden, Dispositionen für einen längeren Zeitraum zu treffen. In der Erklärung heißt es:

Schleunigste und reifliche Ablieferung des Getreides vor Beginn der Kartoffeltransporte im Herbst ist das Gebot der Stunde. Die Landwirtschaft hat es somit in der Hand, an den planmäßigen Abbau der Zwangswirtschaft mitzuwirken. Mit jedem Zentner Brotgetreide und Gerste, der bis zum Oktober abgeliefert wird, trägt der Landwirt dazu bei, die Ernährung der Bevölkerung zu verbessern und damit Ruhe und Ordnung im Lande zu sichern. Es darf erwartet werden, daß die Landwirtschaft das ihr gestellte große Ziel der Sicherung der Volksernährung klar erkennt und alle Kräfte an die Lösung ihrer Aufgabe legt.

Vor einigen Wochen erst wurden von den Behörden die Klage der Verbraucher über das schlechte Brot mit der Vertröstung auf die neue Ernte beantwortet, die es ermöglichen werde, die Zufüge bei der Mehlverarbeitung herabzumindern. Aus den neuen amtlichen Erklärungen geht hervor, daß die Erwartungen der Behörden sich nicht erfüllen; im Gegenteil, wir stehen vor der Gefahr eines völligen Verzagens der Brotversorgung. Als Gründe für die schlechte Ablieferung des Getreides werden angegeben das schlechte Wetter, die Streiddrohungen der Arbeiter, die Maul- und Klauenseuche und die in einem Teil der Landwirtschaft herrschende Unzufriedenheit mit den Preisen. Die ersten drei Gründe sind geradezu lächerlich. Wir hatten in diesem Jahr so gutes Wetter für Wachstum und Reife, daß wir eine Refordernte zu erwarten gehabt hätten, wenn nicht die Nachwirkungen des Krieges das verhindert hätten. Mit Streiddrohungen der Arbeiter haben die Landwirte fast gar nicht zu rechnen gehabt; trotz ungenügender Bezahlung, Verpflegung und Unterkunft haben die Landarbeiter voll auf ihre Pflicht erfüllt. Die Maul- und Klauenseuche schließlich beschränkt sich nur auf einige Gebiete des Reichs, ihr Einfluß auf die Getreideernte ist außerordentlich gering.

Übrig bleibt nur die Unzufriedenheit mit den Preisen. Das ist der Grund dafür, daß wir einem völligen Verfall der Ernährungswirtschaft zutreiben. Den Großgrundbesitzern genügen die Preise von 1400 M. für Roggen und 1550 M. für Weizen pro Tonne, wozu dann noch die Frühdruschprämie kommt, nicht, sie verlangen die völlige Aufhebung der Zwangswirtschaft, damit die Preise für Getreide sich den Weltmarktpreisen angleichen sollen. Das würde bei dem schlechten Stande der deutschen Wälua bedeuten, daß der Konsument für das Brot ein Mehrfaches von dem zu zahlen hätte, was ihm bisher dafür abgenommen worden ist. Die Agrarier halten mit ihrer Ablieferung zurück, weil sie die Zwangswirtschaft strengen und den freien Handel auch mit Brotgetreide durchsehen wollen. Geht ihr Wille in Erfüllung, so würde das zur Folge haben, daß auch das Brot zum Luxusartikel wird und die Lebenshaltung der minderbemittelten Bevölkerung sich noch weiter und in rasendem Tempo verschlechtert.

In den Ausfaltungen der agrarischen Organisationen kommt dieses Bestreben auch deutlich zum Ausdruck. So behauptet der Führer der Landwirtschaftskammer für die Provinz Pommern, daß die Festlegung der Höchstpreise für das Getreide der Landwirtschaft eine große Enttäuschung gebracht hätte. Man wolle dem Landwirt nur noch die Verzinsung seines Betriebskapitals lassen, ein Unternehmergewinn solle fortfallen. Es sei damit zu rechnen, daß die Brotgetreideernte viel niedriger ausfallen werde, als nach dem Stande des Strohes angenommen werden konnte. Vor der Landwirtschaft schwebt drohend das Gespenst der unrentablen Betriebsführung. Diese Frage müsse immer wieder erörtert werden. Solange noch die Landwirtschaft „unter dem Joch der verhassten Zwangswirtschaft leide“, also für die Gestaltung der Preishöhe ihrer Produkte nicht das Gesetz von Angebot und Nachfrage maßgebend sei, sondern die Gewalt des Staates. Diese Ausführungen werden noch ergänzt durch eine Entschließung, die der Vorstand der Landwirtschaftskammer für Pommern angenommen hat. Es wird dort behauptet, daß der Frühdrusch ein so geringes Einzigergebnis erbracht habe, daß ein Ausfall von 800 M. pro Hektar entstanden sei. Dazu träten die erhöhten Deputatgaben, die hohen Ausgaben für Düngemittel, für Löhne usw., so daß eine weitere Heraussetzung der Getreidepreise gefordert werden müsse, wozu die Landwirtschaft leistungsfähig erhalten bleiben solle.

Hier haben wir den Kernpunkt des Falles. Die Agrarier verlangen die Beseitigung der verhassten Zwangswirtschaft, sie fordern die völlige Freiheit des Handels mit Getreide, damit sie die Bewässerung der Bevölkerung bis zum Äußeren

ten Reigern können. Sie verschmähen die Frühdruschprämie, sie halten mit dem Ausbruch zurück, um die Regierung zu zwingen, ihren Willen zu erfüllen. Aber nicht genug damit, sie haben noch vielfach vorjährige Getreidebestände aufgehäuft, um auf diese Weise einen verstärkten Druck auszuüben. Von einigen Gewährsleuten wird uns versichert, daß auf zahlreichen großen Gütern Vorräten und Ölpfeffern noch große Vorräte aus der vorigen Ernte lagern. Die kleinen Landwirte hatten die Ablieferungsmassnahmen meistens befolgt, die Großgrundbesitzer dagegen könnten ungehindert ihre Sabotage der Ernährungswirtschaft betreiben.

Das Ziel der Agrarier ist ganz klar. Sie wollen das Volk hungern, damit ihre Profite ins Ungemessene steigen. Jetzt rächen sich die Versäumnisse, deren sich die bisherigen Regierungen schuldig gemacht haben. Statt den Großgrundbesitz zu sozialisieren und die Erzeugung von Broitgetreide zu einer Angelegenheit des ganzen Volkes zu machen, hat man den Forderungen der Agrarier immer weiter nachgegeben. Man hat es zugelassen, daß die großen Güter in Waffenlager umgewandelt wurden, mit denen ihre Besitzer allen Maßnahmen der Regierung Hohn sprechen. Je anmaßender aber das Verhalten der Unternehmer wird, desto lauter muß die Forderung der Konsumenten nach Sozialisierung des Großgrundbesitzes erhoben werden. Die Regierung hat gegenüber den Agrariern völlig versagt und sie glaubt, sie geht nur dadurch zur Raision bringen zu können, daß sie ihnen das Schlagwort von der Erhaltung von Ruhe und Ordnung zuwirft. Jetzt aber muß mit den Großgrundbesitzern Fraktur gesprochen werden; es ist keine Zeit mehr für halbe Maßnahmen und milde Zusprüche!

Der überstürzte Abbau der Zwangswirtschaft

Uns wird geschrieben:
Von den Produzenten und Händlern wurde die sofortige Aufhebung der Zwangswirtschaft gefordert, da sie hierdurch erhebliche Vorteile für das gesamte Volk und keine Ernährung verschaffen. Die bereits früher aufgekündete Zwangswirtschaft über Leber, Hafer usw. sollten dem Volk die Augen darüber geöffnet haben, welche Folgen die Aufhebung jeder Zwangswirtschaft haben muß, solange wir dem Ausland für die bewirtschafteten Produkte je nach dem Marktstand außerordentlich hohe Preise zahlen müssen und solange die Produktion des eigenen Landes zur Versorgung des Volkes unzureichend ist. Trotzdem geht der Abbau mit großer Schnelligkeit vonstatten, ohne Rücksicht auf die sehr erheblichen Schäden, die dadurch für bestimmte Volksteile hervorgerufen werden. Als Beispiel sei zunächst angeführt die Aufhebung der Zwangswirtschaft über Weizen. Die Preise für Weizenfrüchte für den Erzeuger waren für die diesjährige Ernte bereits um mehr als 200 Prozent gegenüber den vorherigen Preisen erhöht. Nach Aufhebung der Zwangswirtschaft schnellten die Preise in der Produktionsperiode plötzlich für Raps, der bis jetzt 2000 Mk. pro Tonne bezogen wurde, auf 5000 bis 5500 Mk. pro Tonne empor. Da die Ernte für 1920 zum Teil bereits erbracht wurde und abgeliefert war, befinden sich heute auf den Lagern des Reiches gewaltige Mengen; man spricht von etwa 250 000 Tons. Die Produzenten verlangen jetzt die Nachzahlung der Differenz zwischen dem festgesetzten Preis und dem Börsenpreis und sie werden diese nach den bisher gemachten Erfahrungen wahrscheinlich auch erhalten, jedoch dem Reich dadurch ein Schaden von fast 1/2 Milliarden Mark erwächst.

Wir müssen es immer wieder erleben, daß auf der einen Seite mit den Geldern des Reiches gewartet und auf der anderen Seite eine über große Sparmaßnahmen getrieben wird. Das ist insbesondere dort, wo es sich um den materiell schwächeren Teil handelt. Der Arbeitslosenstand ist heute überfüllt und wächst täglich an, jedoch sind die behördlichen Stellen und der Reichswirtschaftsrat den Kopf darüber zerbrechen, wie sie diesem Ansturm der Arbeitslosen entgegenzutreten sollen. Trotzdem gehen einzelne Behörden in der rücksichtslossten Weise vor, indem sie die Angehörigen der Reichskassen in großer Zahl auf die Straße setzen ohne die berechtigten Einwendungen der Betriebsvertretungen irgendwie zu berücksichtigen. Die Angestellten werden in rücksichtslosster Weise der Not preisgegeben, da die Ausschichten, eine neue Stellung zu erhalten, bei der augenblicklich schlechten Wirtschaftslage sehr gering sind. Den Angestellten der Reichskassen wird es noch besonders schwer gemacht, in anderen Betrieben unterzukommen, da viele Privatunternehmen sich dagegen erklärt haben, Angestellte aus diesen Organisationen einzustellen. Ueber die Not dieser Angestellten legt man sich anscheinend leichtes Herzens hinweg, obwohl nur ein geringer Bruchteil des dem Reich auf der anderen Seite erwachsenden Schadens genügen würde, diese Angestellten für einige Monate bis zur Ueberwindung

der schlimmsten Zeit über Wasser zu halten. Es wäre sehr angebracht, wenn sich die Reichstagsabgeordneten und der Reichswirtschaftsrat einmal dieser Angelegenheit annehmen würden. Die weiteren Folgen der Aufhebung der Zwangswirtschaft werden sich sehr bald auf dem Nahrungs- und Bekleidungsgebiet zeigen, und es wird die Zeit nicht fern sein, wo man die Zwangswirtschaft, vielleicht auch nur in anderer Form, wieder herbeiseht. Wir können heute schon das langsame Sinken der Preise feststellen und die größten Leidtragenden dabei werden wieder die Arbeiter, Angestellten und Beamten sein.

Ueberschichten im ober-schlesischen Bergbau

Wie aus Katowitz gemeldet wird, fanden dort am letzten Sonnabend zur Durchführung des Abkommens über eine Steigerung der Kohlenproduktion unter Mitwirkung des Geheimen Regierungsrats Dr. Bodenstein vom Reichsarbeitsministerium und des Herrn Oseroth vom Reichswirtschaftsministerium Verhandlungen zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkommissionen des Bergbaus statt. Sie hatten das Ergebnis, daß nach mehrwöchigen eingehenden Besprechungen Richtlinien für den Abschluß eines Ueberschichtabkommens festgelegt wurden, welche nunmehr den beiderseitigen Organisationen bzw. den Bezirkskonferenzen der Bergarbeiterverbände zur Zustimmung vorgelegt werden.

Um den Verrichtern dieses Abkommens schnellstmöglich zu machen, wird den beteiligten Bergwerken ein Lohnzuschlag von 50% sowie eine verbriefte Freizugelage von 2 Pfund für jede Ueberschicht gewährt. Außerdem können noch andere Lebensmittelpflichter und Mische verbrieft abgegeben werden. Das Abkommen gilt jeweils für vier Wochen.

In der Frage der Hebung der Produktion im Bergbau scheint also auch jetzt den Regierungen- und Unternehmerkreisen die Verschärfung der Anstrengung das wichtigste Mittel zu sein, obwohl eben erst von sachverständiger Seite das völlige Fiasco der Ueberschichten im Ruhrbergbau nachgewiesen worden ist. Von anderen Maßnahmen hört man nichts. Die Versicherung, daß die Regierung nur auf den Bericht der Sozialversicherungs-Kommission warte, um die Sozialversicherung „marschieren“ zu lassen, kann die Bergleute wenig trösten. Mit Versicherungen ist nichts geschehen. Es ist dringend notwendig, daß andere Maßnahmen in den Vordergrund der Bewegung zur Hebung der Produktion gestellt werden.

Ein Hohn auf das Selbstbestimmungsrecht

Die Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen im Juli hat eine zweifelhafte deutsche Mehrheit in allen Abstimmungsgebieten ergeben. Trotzdem hat die Reichsregierung den Räten beschlossen, einen Streifen des Gebietes, der östlich der Weichsel liegt, abzutrennen und ihn Polen zuzusprechen. Dadurch würde Deutschland vollständig von der Weichsel abgetrennt sein. Die deutsche Regierung hat nunmehr eine Protestnote an den Obersten Rat und die Regierungen in Paris, London und Rom abgesandt. Es wird darauf hingewiesen, daß wiederholt schon gegen diese Lösung der Frage Stellung genommen worden sei. Durch die Abstimmung vom 11. Juli 1920 sei der Wille der Bevölkerung einwandfrei zum Ausdruck gekommen, daß das gesamte westpreussische Gebiet Deutschland zuzusprechen sei. Der Friedensvertrag sehe für Polen lediglich ein Stromausflußrecht vor, das in keiner Weise die Begründung für territoriale Gebietsansprüche geben könne. Die deutsche Regierung erhebe Einspruch gegen die Entschcheidung des Obersten Rates, lehne es ab, irgend eine Verantwortung für die sich daraus ergebenden Folgen zu übernehmen und erkenne die Entscheidung nicht an, daß sie mit den Bestimmungen des Friedensvertrages nicht vereinbar sei.

Die Rechte der Beamtenschaft

Aus Beamtentreffen wird uns geschrieben:
Betrachtet man die Widerstände in der Beamtenschaft gegen die U. S. P. D., so findet man daß diese Widerstände zum Teil darauf beruhen, daß die Beamtenschaft glaubt, die U. S. P. D. fordere die Beseitigung der Pensionsberechtigung sowie sämtlicher wohlverordneten Rechte der Beamtenschaft, um sie in ein unangenehmes Arbeitsverhältnis überzuführen. Trotzdem die Gegner unserer Partei wissen, daß das nicht der Fall ist, wird diese irrtümliche Meinung der Beamtenschaft gegen uns ausgesprochen und in den Versammlungen gegen uns als Tatsache hingestellt. Man pflegt diese unannehme Behauptung weiter, weil die Gegner genau wissen, daß die Macht der Reaktion bald vollständig gebrochen sein wird, wenn die Mehrheit der Beamten erst zur U. S. P. D. gehört. Da nun aber die Beamtenschaft sich selbst heute noch zu wenig politisch betätigt, trotzdem die politischen Parteien über Besoldungs- und Personalreform sowie über die weiteren Rechte der Beamten beschließen, wird gerade mit den Behauptungen, die U. S. P. D. wolle die wohlverordneten Rechte beseitigen, die größte Agitation gegen uns betrieben. Um diese Behauptung ein für allemal aus der Welt zu schaffen und unseren Funktionären einen

festen Rückhalt zu geben, stelle ich hiermit öffentlich fest: Die U. S. P. D. ist stets für die wohlverordneten Rechte der Beamtenschaft eingetreten. Das zeigt sich bei der Besoldungsreform wo Vorkämpfer der U. S. P. D. zwecks Verbesserung der Lage der Beamten von der Mehrheit abgelenkt wurden. Bei der Frage der Eingruppierung in die Besoldungsgruppen, des Ruhegeldes, bei der Personalreform wie beim Beamtenrätegesetz wird die U. S. P. D. wieder mit aller Kraft dafür eintreten, daß die Rechte der Beamten den neuesten Verhältnissen entsprechen. Die U. S. P. D. verlangt, daß jedem Menschen von der Geburt bis zu seinem Tode, ob arbeitsfähig oder nicht arbeitsfähig, die ausreichende Existenzmöglichkeit innerhalb der menschlichen Gesellschaft gesichert wird. Darum rufe ich der Beamtenschaft zu: „Ihr habt kein Recht, euch außerhalb der Reihen des kämpfenden Proletariats zu stellen. Hinein in die U. S. P. D. und kämpft mit Schulter an Schulter mit der Arbeiterklasse, für die Befreiung der Menschheit aus den Fesseln des Kapitals, das wiederum droht, uns in neue Kriege zu verwickeln. Auch für uns die Parole: „Vorwärts, durch Kampf zum Sieg!“

Für den Frieden

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.

Bremen, 15. August.

Am Sonnabend, den 14. August, veranstalteten die drei sozialistischen Parteien und die freien Gewerkschaften eine Massenkundgebung gegen den russisch-polnischen Krieg. In dieser Kundgebung unter freiem Himmel beteiligten sich ungefähr 25 000 Personen aller Parteien. Die Redner wiesen auf den Ernst der Situation hin und forderten vor allem die Verkehrsarbeiter (Eisenbahner, Transportarbeiter, Hafenarbeiter usw.) an, alle Waffen- und Munitionstransporte nach Polen mit allen Mitteln zu verhindern. Dieser Kundgebung schloß sich ein gewaltiger Demonstrationzug durch die Stadt an, der sich dann später in aller Nähe aufstellte. Das provokatorische Auftreten der Sicherheitspolizei rief starke Erregung in der Masse hervor, auch Volkspolizisten ihrer Hände im Spiel zu haben. Durch die Besonnenheit der Arbeiter wurden jedoch Störungen vermieden.

Da die Angestellten der Straßenbahn sich an der Kundgebung beteiligten, ruhte der Verkehr der Straßenbahn von 12 1/2 bis 5 Uhr.

Am Freitag fand bereits eine große Versammlung sämtlicher Verkehrsarbeiter statt, in der Redner sämtlicher Parteien an die Verkehrsarbeiter die gleiche Aufforderung richteten.

Gekaufte Lügner

Die Agenten der Vinterkongessellschaft und der Deutschen Wirtschaftshilfe werden systematisch in die organisierte Arbeiterchaft hineingetrieben, um dort Stimmung für Putsche und Gewalttaten zu machen. Zwei Erklärungen von Agenten, die in Magdeburg im Auftrage des Inhabers Wittmann arbeiten, zeigen uns, daß die Spitzelgesellschaft vor Erpressungen nicht zurückzuckt, um von den Agenten das gewünschte Material zu erhalten. Die Erklärungen lauten:

Ich erkläre, daß ich im Juni 1919 mit Paul Wittmann durch Inzerat bekannt geworden bin, habe ihm Berichte geliefert über öffentliche Versammlungen. Später habe ich mich auf Verlangen Wittmanns in die kommunistische Partei aufnehmen lassen und wahrheitsgemäße und belanglose Berichte, welche nicht zu seiner Zufriedenheit waren, geliefert. Daraufhin weigerte ich mich, weitere Berichte zu liefern, und er drohte, mich bei meiner Firma zu denunzieren. Um mich nicht der Gefahr aussetzen, entlassen zu werden, lieferte ich ihm noch einige Berichte und brach dann Ende 1919 jede Verbindung mit ihm ab.

Magdeburg, den 12. August 1920. Lindom.

Ich erkläre freiwillig, daß ich von Anfang November 1919 bis 24. April 1920 im Auftrag von Paul Wittmann über die kommunistische Partei, der ich zu diesem Zwecke beigetreten war, Spitzelberichte geliefert habe. Ich wurde getäuscht durch amtliche Ausweise der Willkürbehörde, welche Wittmann vorwies und mir sagte, daß er im Auftrag der Regierung diese Arbeit leiste. Seit dem 24. April habe ich für Wittmann nicht mehr gearbeitet, auch nicht für irgendwelche andere Stellen.

Magdeburg, den 12. August 1920. Robert Reyer.

Die Vinterkongesspiegel sitzen nicht nur in Magdeburg, sondern in allen Betrieben und Organisationen. Die Arbeiter werden noch drückender gezwungen.

Vernichtung im Saargebiet. Die „Saarbrücker Zeitung“ und die „Saarbrücker Landeszeitung“ erscheinen wieder unter Aufhebung der Zensur. Die Verhandlungen werden heute wieder aufgenommen werden.

Offiziere

Von Franz Wrobel.

Manche sind Versicherungsagenten geworden oder Journalisten und manche Betriebsleiter oder Inspektoren in der Landwirtschaft und manche Kunsttänzer und manche Spieler und einige, die reich sind, haben den bunten Rock einfach ausgedungen und sehen sich das Weltgetriebe etwas spöttlich und etwas verdrossen von ihrer Klischee oder von ihrer Illusion aus an und besuchen nun hier und da die gesellige Zusammenkunft des Regimentsabends, wo schwerer Rotwein getrunken und auf die Regierung geschimpft wird, und von den Wänden grüßen die starken Oelgemälde seiner Majestät in der Galauniform des Regimentschefs. Wo ist Preußens erster Stand geblieben?

Der deutsche Offiziersstand ist seit dem 9. November ins Stoll gefallen, so wie Steine ins Wasser fallen. Die gehen dann unter. Es muß für die aktiven Offiziere und für die vielen Reserveoffiziere, denen die vier Jahre zum ersten Mal in ihrem Leben eine feste und glanzvolle Stellung mit gutem Auskommen geboten hatten, ein schwerer Schritt, ein schwerer Fall gewesen sein. Schwer deshalb, weil diese Männer mit ganz wenigen Ausnahmen von einer so stupenden Lebensunterhaltswelt von den Dingen des Lebens, die sich außerhalb des Kasernenhofs und der Schreibstube abspielen, daß sie mit großen Augen in das Chaos starrten und sich darin nicht zurechtzufinden wußten. Hier war alles so ganz anders: der Rang an sich gilt nicht allzuviel, mit einer Schnauzerei ist meist nicht getan, das „Rechenmaterial“ ist nicht ohne weiteres verfügbar, man darf Leute und Wagen nicht hundentlang warten lassen, überall sind Schwierigkeiten und Hemmnisse, und keiner steht stumm, keiner steht stramm. ... Ich habe seit dem 9. November mit vielen Offizieren, aktiven und anderen, die nun in Zivilstellungen waren, zu tun gehabt, und muß sagen: Eine solche merkwürdige Mischung von gutem und schlechtem Willen, sich ins Ziel hineinzufinden, eine solche Verbindung von einigen alten Preukentenden und totaler Unfähigkeit, die eigene Zeit zu begreifen, ist mir noch nicht vorgekommen. Sie wollen — wenn auch nicht alle — aber sie können nicht. Sie wirken im großen und ganzen wie ein Spinnwebchen in der bürgermeisterlichen guten Stunde einer kleinen Stadt: überholt. Ganz nett anzusehen, aber überholt. Sie haben eine Art, die Dinge zu sehen und anzufassen, daß einen der kalte Schauer überläuft, und daß man immer wieder vor sich hin sagt: Also das hat einmal geführt! Also die waren einmal Leiter und Spitzen und haben über Geschiebe bestanden dürfen! Es muß doch ein merkwürdig einseitiges Spezialhandwerk sein, das militärische, denn was haben sie für Anschauungen, für Auffassungen, für Lebensansätze! Und dabei waren sie doch in Händern und in Palatina und in Zinland und in Polen ... und nun sollte man doch meinen ... Aber da ist nichts. Ein Horizont wie ein Schnapsglas.

Sie wirken als Kulturfaktor in unserem Leben wie der trübe und unlösliche Bodensatz eines verfallenen Körpers im Wasser. Sie durchsehen heute fast jeden Betrieb mit ihrer Gestalt und weil immer der wurmfressige Apfel den gesunden ansteckt, und weil viele noch die alte eingepöbelte Achtung vor ihnen haben, fördern sie und heimmen und konservieren einen dreimal verfluchten preukentischen Geist.

Man muß berücksichtigen, daß sie ja alle zum Teil nichts Rechtes gelernt haben, und daß es Militanten von Beruf sind. Der preukentische Leutnant kann alles! Es war wirklich erstaunlich, was er im Kriege, wenn auch nicht gekannt, so doch gemacht hat: Weichdepots hat er eingerichtet und Druckerien und Trocknungsanlagen, und Bahnrampen hat er gebaut und Theater beaufsichtigt und Entlassungen geleitet. ... Und in den meisten Fällen war es ein Fachmann in untergeordneten Stellungen, etwa ein Feldwebel der Reserve oder ein gewöhnlicher Gefreiter, der die Sache machte, und der andere steckte einen Klunkerorden und die Anerkennung in die weitgeöffnete Tasche. Eben weil man über jede vollbrachte Leistung als Punkt auf dem i und als Krönung des Ganzen einen Offizier setzte, bildete sich im Gehirn dieser Rasse der Glaube heraus, das Offiziersstück ersehe wirklich alle Fähigkeiten der anderen. Und nun soll es sich erweisen. Und nun erwies es sich nicht.

Die innere Unfähigkeit der ins Stoll geworfenen Offiziere wird von ihnen häufig durch eine gewisse Fortschrittlichkeit ersetzt. Nun langt das im täglichen Leben nicht allzuweit, und es ist ganz merkwürdig, wie der preukentische Organisationsstempel, der ja schon im Feldes jedes Bäckchens unterstützte und jeden Posteninhaber, wie der, das preukentische Beamten- und Juristentum zur Seite, das ganze moderne Leben verstanden hat. Diese Offiziere laufen in der Weltgeschichte umher und beweisen dir klipp und klar, daß in deinem Beruf etwas geschehen müsse, und daß da eine Organisation am Platze sei, welche ... Denn daß eine Organisation sein muß, und daß sie diese Organisation leisten müssen, das sieht von vornherein fest. Wie ja überhaupt dieses mißbrauchte aller Wörter ihr A und O ist. Und mir fällt immer der alte schöne Ausspruch ein: Organisieren ist, wenn einer aufschreibt, was andere arbeiten. In diesem Sinne organisieren können sie.

Die Wirkung des gewöhnlichen Zivillebens auf den entthronten Offiziersstand mag für den dichterischen Schöpfer einer Tragödie nicht ganz lustig zu sehen sein. Das Grollen alter Löwen, denen man Zähne und Krallen ausgezogen hat, die emphatischen Rachechreie der Inspektoren aussehenden Stadtoffiziere beim Burgunder, dies geschwollene Rastendewußtsein, dem viele Voraussetzungen heute gottsdankbar entzogen sind — all das ergibt ein dünn angetupftes Bild. Sie verstehen die Welt nicht mehr und kommen auch nicht drüber hinweg, und jetzt zeigt sich erst, wie sehr sie das Eine immer gewesen sind und wie sie es immer bleiben werden: unproduktiv, unnützlich, überflüssig.

Gefährlich wird die Sicht erst dann, wenn sie noch eine Wirkung auf die deutsche Umwelt ausstrahlen in der Lage ist. Und noch ist sie es. Koch hunden sich Schöpfen — wenn auch auf dem Lande —,

die einen Gutsbesitzer deshalb wegen Beleidigung verurteilen, weil er in einem Inzerat einen Nachwächter gesucht und dazu gesagt hat: „Kübelcher Offizier bezogen.“ Dadurch, entschied der Dreimännerstahl der Justitia, seien die Offiziere beleidigt. Gefährlich wird die Kasse erst dann, so lange sie ihre morschen und überlebenden Staatsvorurteile heute noch durchsetzen will. Denn jedes Privileg ist in erster Linie eine Erniedrigung der anderen. Gefährlich wird die Kasse, wenn sie ihre Unfähigkeit, anständig und nützbildende Arbeit zu leisten, hinter einer trüben Geschicklichkeit verbirgt, die nicht einmal immer politischen Begehren haben muß. Für die Politik sind die meisten dieser Männer viel zu horniert. Der am liebsten haßt, mit dem sie heute noch fast zwei Jahre nach dem Kriege Stäbe organisieren und Einteilungen des Landes in Korpsbezirke, der Fleisch, mit dem sie einen militärischen Apparat auf die Beine stellen, der, ob er nun etatismäßig anerkannt ist oder nicht, gleich nutzlos und geldfressend und kulturwidrig ist — all das ist nur aus ihrer einen einzigen Sehnsucht zu erklären: Wieder Geltung haben! Wieder an der Spitze von Truppen reiten dürfen! Einmal noch das blühende Monopol vor der Front leuchten lassen! Menschen anrücken! Kasernenpompier und Kasinopompier! In grotesk aufgewüsten Reithosen eine Jungfrau schneller zu dem Götter, wozu Gott sie bestimmt hat! Einmal noch! Ein einziges Mal!

Daher Orgeß und Freiwilligenkorps und Sicherheitspolizei und Reichswehrformationen und Wichtigtuerer im Reichstag und Beleidigungsklagen gegen unliebbare Kritiker und eine Innigkeit unter allen Beleidigten, die einer besseren Sache würdig wäre. Kameraden? Komplizen.

Wir haben alle im Felde im Offizierskorps die wenigen sogenannten „Jamolen Kerle“ kennen gelernt. Die werden auch heute im Leben nicht verfallen, und denen ist alle Sympathie gewiß, weil es tapfere und wertvolle Menschen sind. Der Rest aber ist fürchterlich. Mag es farblose Spießer darunter gegeben haben: soweit sie Offiziere waren, tangten sie nichts. Und obgleich jeder sah, daß an dieser Stelle steht, in den Augen der Gegner durch das Stammtischurteil „hoffentlich“ als abgetan gilt, muß und soll vor deutschen Arbeitern und Bürgern hier noch einmal ausgesprochen werden, was für die einen eine Selbstverständlichkeit und für die anderen ein rotes Tuch ist:

Das deutsche Offizierskorps hat im Kriege seine Pflicht nicht erfüllt. Das deutsche Offizierskorps setzt sich aus kulturfeindlichen Schädlingen zusammen, die um ihres Postens willen bereit sind, jede Desperadopolitik mitzumachen. Der Geist des deutschen Offizierskorps taugt nichts. Ein ständig wachsender Teil der Nation lehnt diesen Ungeiß und seine Träger ab. Wir brauchen sie nicht mehr.

Beleidigungsklagen ändern an diesem Urteil nichts.

Stimmungsumschwung in Budapest

Die Furcht vor der Niederlage

U. Wien, 15. August.

Der in den anderen Nachfolgestaaten zutage tretende Kontrastwille scheint nachgerade auch in Ungarn die Interaktionslust zu dämpfen. Die Berichterstattung über den Krieg, die bisher nichts für Polen Ungünstiges melden durfte, ja sogar noch immer von polnischen Siegen erzählen mußte, ist jetzt freigegeben worden, und schon bringen die Blätter zum Teil Artikel, deren Tonart von der bisherigen sehr verschieden ist. So tadelt das bisher stets für die Polen begeisterte „Uz Ek“ die Unüberlegtheit, mit der Polen den Angriff auf Rußland unternommen hat, noch bevor es im Innern halbwegs konsolidiert war, in einer Weise, daß sich daraus die naheliegende Lehre für Ungarn ohne weiteres ergibt.

Wien, 15. August.

Die „Neue Freie Presse“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Teleki, der erklärte, Ungarn bringe Polen traditionelle Sympathie entgegen; von einer tatsächlichen Hilfeleistung an Polen sei jedoch niemals die Rede gewesen; denn Ungarn benötige den Frieden zu seiner eigenen Konsolidierung.

Der plötzliche Stimmungsumschwung in Budapest kommt nicht unerwartet. Selbst die borniertesten Säbelträger in den Reihen der magyarischen Weisgardisten können sich der Einsicht nicht verschließen, daß die Teilnahme Ungarns an der militärischen Hilfeleistung in Polen ein selbstmörderisches Unternehmen sein würde. Dennoch wäre es risikofrei, aus den nun anders lautenden Nachrichten aus Budapest zu folgern, daß die Ungarn ihre Treibereien zugunsten der Reaktion eingestellt haben. Ein Warschauer Telegramm vom 14. d. Mts. meldet, eine Delegation des ungarischen Parlaments habe dem Vizepräsidenten des russischen Reichstages Bescheid gegeben, daß das Anerbieten erneuert, Polen eine Armee von 50000 Mann nebst Waffen und Munition zur Verfügung zu stellen. Ueberdies machte sie den Vorschlag, Polen mit Getreide zu versorgen und das ungarische Rote Kreuz zur Verfügung zu stellen.

Diese Meldung wirft ein recht bezeichnendes Licht auf die Wahrheitsliebe des magyarischen Ministerpräsidenten, der soeben erklärt hat, von einer tatsächlichen Hilfeleistung an Polen „sei niemals die Rede gewesen“. Anscheinend klappt die Regie in Ungarn nicht ganz so gut wie anderwärts. Sonst würde es nicht möglich gewesen sein, daß der Ministerpräsident von seiner eigenen Parlamentsabordnung als unverschämter Lügner überführt worden wäre.

Vom Moskauer Kongress

Stockholm, 13. August.

Aus Moskau wird vom 6. August gemeldet: In der Sitzung vom 2. August wurde nach dem Bericht Karl Radels über die Stellung der kommunistischen Partei zu den Gewerkschaften und Fabrikkomitees verhandelt. Dazu sprach ein Delegierter aus Amerika, Tennes-England, Walter-Deutschland, Bombacci-Italien und Kosowst-Rußland. Die Delegation Karl Radels, welche den Ausbau der Gewerkschaften zu Zentren der kommunistischen Bewegung beschwor, werden mit 64 gegen 2 Stimmen als Basis angenommen und mit allen Verbesserungen einer Kommission übergeben.

In der Sitzung am 4. August unter Vorsitz Sinowjews hielt Frau Balabanowa in deutscher Sprache einen Rapport auf den tragischen Tod der norwegischen Kommunistin Augustina Olsen, welche als Delegierte nach Moskau gekommen war und bei der Flugfeier auf dem Chodynafeld während des Bestehens eines Apparates durch einen Schlag des Flügels tödlich verletzt und gestorben war. Balabanowa gedenkt der 20 Jahre des selbstlosen, opfernden revolutionären Wirkens der verunglückten Genossin, der erhabensten Arbeiterin und der aktivsten Agitatoren in den Reihen des norwegischen Proletariats. Sie war unter den größten Schwierigkeiten als gewissenhafter Soldat der Revolution, der nur seine Pflichten gegen sie kennt, nach Moskau gekommen. Der Kongress

Im Großen Schauspielhaus fällt die letzte Vorstellung des Abonnements 1919/20 aus. Die Billets dafür werden wochentags von 10 bis 2 Uhr bis zum 5. September an den Abonnementskassieren im Großen Schauspielhaus zum vollen Preise zurückgenommen oder auf Wunsch und nach Möglichkeit für eine andere Vorstellung umgetauscht. — Nach der im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Bilanz schließt das erste Geschäftsjahr des Großen Schauspielhauses mit einem Gesamtverlust von 43 474 Mark. Das Aktienkapital beträgt 1,6 Millionen Mark.

Das Neue Volkstheater beginnt am 1. September seine Winterperiode mit der Reinszenierung von Gerhart Hauptmanns „Hinterpelz“. Ferner wurden folgende Werke in den Spielplan aufgenommen: Gerhart Hauptmanns „Rose Bernd“, Schafepoete „Verlies von Tyrus“ in der Bearbeitung von Karl Emil Franzos, „Ibsen, Nora“ und „Wildente“, Heinrich Eduard Jacob „Beaumarchais und Sonnenfeld“, Franz Dillberg „König Schrei“, Ludwig Thoma „1. Klasse“ und „Die Sozialbahn“, Tolkoi „Der Bauer und der Fremde“ überföh von Frida Kubiner (Uraufführung), Strindberg „Tobestanz“, 1. und 2. Teil, überföh von Professor Goebel, Georg Kaiser „König Hahuret“, Richard A. Edon „Der heinerne Tod“ (Uraufführung), Gustav Wolf von Wangenheim „Der Mann Hodor“ (Uraufführung), Kerybach „Der verlorene Vater (Uraufführung), Erich Desterfeld „Die Hochzeitsreise“, „Marlochen von Hymwegen“, Märchenpiel aus dem 16. Jahrhundert, Moteto „Donna Diana“.

Ernst Toller teilt uns mit, daß sein Drama „Aufstand“ (früher „Rasse Mensch“) nach vielen Proben endlich freigegeben worden ist.

Ein Astronom-Gelächter. Drei Generationen hindurch hat der Name Struve einen guten Klang gehabt in der astronomischen Welt; drei Renkshalter hindurch waren Großvater, Vater und Sohn eng verknüpft mit der Himmelskunde und mit den Fortschritten der astronomischen Forschung. Der dieser Tage im Alter von 65 Jahren verstorbenen Geheimrat Prof. Dr. Hermann Struve, der seit sechzehn Jahren ordentlicher Professor der Astronomie an der Berliner Universität und Direktor der Sternwarte in Babelsberg war, hat durch seine wissenschaftlichen Arbeiten, die Beobachtungen der Saturnmonde, Mikrometermessungen von Doppelsternen, Planeten und Kometenbeobachtungen und vieles andere Bedeutames für die astronomische Erkenntnis geleistet.

Neue französische Spielarten. Ein Wettbewerb zur Erlangung künstlerisch ausgeführter Briefmarken ist jetzt auch in Frankreich ausgeschrieben worden. Es handelt sich um 3 neue Markentypen. Der Wettbewerb soll am 15. Januar 1921 geschlossen werden. Es sind drei Preise von 10 000 Francs und weitere drei von 3 000 Francs für die beste Zeichnung ausgesetzt.

Übermittelt der norwegischen Partei den Ausdruck seiner tiefsten Teilnahme.

Hierauf beginnen die Verhandlungen über die Agrarfrage. Das Referat hielt Meyer.

Verkehrsstreik in Hamburg

Nachdem die Direktion die Lohnforderungen der Angestellten abgelehnt hat, hat Freitag morgen die erste Solvenzaktion der Hoch- und Straßenbahnangestellten stattgefunden. Es wurde einstimmig beschlossen, in den Streik einzutreten, doch soll über diesen Beschluß noch eine Abstimmung herbeigeführt werden. Die Abstimmung ergab den Streikbeschluß. Die Angestellten der Hamburger Straßenbahn, Hoch- und Untergrundbahn und der Alsterdampfer sind darauf Sonntag morgen wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten. Die staatliche Stadt- und Vorortbahn hält den Betrieb aufrecht.

Uebernahme des Lohnabzugs auf die Stadt

U. Offenbach, 14. August.

In der Stadtverordnetenversammlung wurde gestern mit knapper Mehrheit sämtlichen städtischen Arbeitern und den ihnen im Einkommen gleichstehenden Beamten eine zehnprozentige Lohn-erhöhung gewährt, mit anderen Worten, der Steuerbeitrag auf Kosten der Steuerzahler auf die Stadt übernommen. Dazu die Annahme des Antrages wüßte der im Vorschlag enthaltene Fehlbetrag um 3 Millionen auf etwa 18 Millionen Mark, wofür zunächst nur die auf den Staat übernommenen Polizeilohnen von etwa 8 Millionen Mark als Deckung vermandt werden können.

Safenstreik in Italien. „Corriere della Sera“ berichtet, daß der Ausbruch aller Safenarbeiter Italiens verkündet wurde. Der Ausbruch steht in Zusammenhang mit den in Neapel zwischen der sozialistischen Organisation der Seefleute und den freien Gewerkschaften entstandenen Zwistigkeiten. Dem Neapeler Ausbruch haben sich bereits die Safenarbeiter von Genua, Livorno, Ancona und anderen Orten angeschlossen.

Gewerkschaftliches

Unternehmer-Sabotage und Demobilisierungskommission

Die praktischen Erfahrungen seit Bestehen der Schlichtungsausschüsse zeigen den Angestellten und Unternehmern recht deutlich, wie verheerend diese Ausschüsse urteilen und wie in den meisten Fällen die Kläger nicht zu ihrem Recht gelangen. Wie steht es z. B. mit Schiedssprüchen, durch die der Unternehmer auf WiederEinstellung und Entschädigung verurteilt wurde? Kommen diese auf Grund des Betriebsratsgesetzes oder einer der Verordnungen vom 2. September 1919 oder 19. Februar 1920 zu Stande, so glaubt der betreffende Arbeiter, sein Recht gefunden zu haben. Aber weit gefehlt! Handelt es sich dabei um Klagen, wo mehrere Arbeitnehmer in Frage kommen, so kann der Unternehmer, der verurteilt ist, beim Demobilisierungskommissionar dagegen Einspruch erheben. Diese Instanz befreit dann öfters mit einem Federstrich den betreffenden Schiedsspruch, ohne manchmal die näheren Umstände zu kennen, die beim Schlichtungsausschuss zur Fällung dieses Urteils führten. Hier ein treffendes Beispiel:

Beim letzten Streik der gewerkschaftlichen Angestellten in Berlin wurde bei Beendigung desselben ein Betrag am Aurlaufendamm nicht wieder erhoben. Von vornherein lag von Unternehmer die Absicht vor, den Angestellten einen Denzettel zu geben, die sich am Streik beteiligt hatten. Auch der Schlichtungsausschuss Groß-Berlin erklarte in dieser willkürlichen Schlichtung des Geschäftes eine Sabotage des Unternehmens. Der Geschäftsinhaber wurde verurteilt zur WiederEinstellung und Zahlung einer Entschädigung, da hier nachweisbar eine Maßregelung der Angestellten vorlag. Zum größten Erschrecken der Angestellten hat der Demobilisierungskommissionar diesem Schiedsspruch die Verbindlichkeit verweigert. Dafür wurden folgende Gründe angeführt:

„Die Nachprüfung durch mich hat ergeben, daß der Antragsteller nur diejenigen Arbeitnehmer entlassen hat, die infolge der Umstellung des Betriebes überflüssig geworden sind. Zu untersuchen, ob eine Notwendigkeit zur Umwandlung des Betriebes vorlag, bin ich nicht zuständig. Da demnach der Antragsteller gegen die Bestimmung vom 19. Februar 1920 nicht verstoßen hat, muß dem Schiedsspruch die Verbindlichkeit verweigert werden.“

Bei einer derartigen Streitfrage ist in Zukunft dem Herrn Demobilisierungskommissionar zu empfehlen, auch den § 14 des Betriebsratsgesetzes zur Anwendung zu bringen. Durch diesen Paragraphen ist der Unternehmer verpflichtet, bei Reorganisationen oder Stilllegungen des Betriebes dem Betriebsrat genügend Zeit vorher darauf aufmerksam zu machen. Da dies in vorliegendem Falle nicht geschehen ist, so konnte auch der Demobilisierungskommissionar nicht diesen Schiedsspruch umwerfen.

Es besteht ferner eine Ueberwachungsabteilung für das Gast- und Hotelgewerbe. Die Beamten haben jedoch lediglich Feststellungen über Beschäftigung Auswärtiger, Klärtätigkeit und Anhebung des partiellen Arbeitsnachweises zu treffen, aber keine Befugnisse polizeilicher Gewalt. Dadurch wird diese Einrichtung zu einer Groteske und das dafür ausgegebene Geld ist zum Fenster hinausgeworfen. Hier möchten wir dem Herrn Demobilisierungskommissionar empfehlen, Remedur zu schaffen in Anbetracht der trübseligen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt.

Aus alledem müßten die Arbeiter- und Angestelltenbeiräte erkennen, daß alle klaren Verbindungen hinsichtlich, wenn den Beamten keine Gewalt zur Ausführung der Verbordnungen übertragen wird, gegen diese willkürliche Schließung der Betriebe gibt es sonst nur ein Mittel:

Es gilt den Kampf aufzunehmen für die Kontrolle der Betriebe, um die Parasiten der Kapitalistenwirtschaft zu beseitigen.

Reaktion im Reichspostministerium

Die Helfer des Postschadens haben am Sonntag eine große Versammlung abgehalten, um sich dagegen aufzuheben, daß man sie nicht nur mit der Hungerpein beehrte, sondern auch ihren guten Ruf an den Pranger stellte wegen einzelner Fälle, die im gleichen Verhältnis auch in der oberen Beamtenklasse vorkommen, wo sie allerdings möglichst vertuscht werden. Aus den Ausführungen des Reichspostministers sah man hervor, daß im letzten Jahr 100—1200 junge Mädchen mit höherer Tochterausbildung beim Postschaden eingestellt wurden, um die geplanten Massenentlassungen vorzubereiten. Selbst Vertreter des Arbeiternachweises der Stadt Berlin und der Erwerbslosenfürsorge mußten dagegen Stellung nehmen, daß das Reichspostministerium die Verbordnungen durchbricht, deren Einhaltung von der Privatindustrie gefordert wird, und so für Geheuerleistungen gegen die Arbeiterklasse, ein leuchtendes Beispiel gibt. Es wurde eine Resolution beschlossen, in der u. a. folgende Forderungen aufgestellt wurden: daß die vom Reichspostminister in der Tagespresse erschienenen Zeitungsartikel, über Unfähigkeit der männlichen Postangestellten widerrufen werden, ferner fordern sie schärfste Durchführung der Demobilisierungsbefehle, sowie die sofortige Entlassung aller männlichen und weiblichen Personen, die seit dem 1. Januar 1920 nicht über die städtischen Arbeitsnachweise in den Soldatendienst gelangt sind, weiter das Mitbestimmungsrecht bei allen Einstellungen, Veretzungen und Entlassungen. Die Postangestellten erwarten von allen Gewerkschaften, Parteien und zuständigen Behörden und Körperschaften, daß sie sich diese Forderungen der Postangestellten zu eigen machen und sich mit aller Kraft für die reifliche Durchführung einsetzen werden.

Wegen umfangreicher Bauarbeiten an der Monumentenbrücke wird die Linie V von jetzt an auf längere Zeit in beiden Richtungen abgeleitet und zwar durch die Kolonnen-, Dreihund- und Ragbachtstraße.

Groß-Berlin

Der Streit um den Groß-Berliner Magistrat

Die Berliner Presse hatte es in den letzten Tagen lebhaft diskutiert, daß der Wahlspruch der Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung mit 14 gegen 11 Stimmen beschlossen hat, den Magistrat lediglich mit befristeten Mitgliedern zu besetzen. Dieser Beschluß wurde von der Presse als ungeschicklich bezeichnet, da er weder mit der Städteordnung noch mit dem Gesetz Groß-Berlin in Einklang stehe. Eine Korrespondenz bemerkte, daß, wenn auch die Stadtverordnetenversammlung sich dem Beschluß des Wahlschlusses zu eigen mache, der Beschluß von bürgerlicher Seite im Verwaltungsverfahren angefochten werden würde. Da die Angelegenheit eines grundsätzlichen Interesses nicht entbehrt, ist der Standpunkt des Ministeriums des Innern, den dieser jetzt der Öffentlichkeit unterbreiten läßt, von Bedeutung:

„Das Gesetz vom 27. April 1920 (Gesetzsammlung Seite 123)“, so führt der Minister aus, „lehrt, wie aus der Fassung der §§ 11, 12 u. des § 23, Abs. 6, zweifellos hervorgeht, voraus, daß nicht sämtliche 30 Mitglieder des Magistrats der Stadt Berlin nur befristet sein dürfen. Diese Rechtslage bringt denn auch die Ausführungsanweisung zum Ausdruck durch die Bestimmungen zur Ausführung des § 12. Was die Befristung eines einzelnen, dieser Rechtslage entgegenlaufenden Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung betrifft, so ist gegenüber der in dem Zeitungsartikel verteilten Auffassung zu bemerken, daß es eine Klage der bürgerlichen Stadtverordneten gegen den Beschluß im Verwaltungsverfahren nicht gibt. Es könnte nur eine Beanstandung des Beschlusses nach § 15 des Justizministeriums vom 1. August 1920 (Gesetzsammlung Seite 257) in Frage kommen.“

Die Arbeiterpartei im Stadion

Der gestrige Sonntag gestaltete sich zu einer mächtvollen Demonstration aller Arbeiterpartei. Im Stadion fand das 4. Arbeiterpartei, veranstaltet von Arbeiterpartei Groß-Berlins, statt. Vom guten Wetter begünstigt, kamen die nach vielen Tausenden zählenden Zuschauer, die das riesige Stadion bis auf den letzten Platz füllten, auf ihre Kosten. Besonders eindrucksvoll waren die Darbietungen der Arbeiterwanderer, Touristenverein „Die Naturfreunde“ und Wanderbund „Naturfreunde“, sowie des Arbeitersportbundes „Solidarität“. Die Arbeiter-Schachspieler gewannen durch eine lebende Partie auf dem Rasen für diesen Sonntag anregenden Sport über neue Anhänger. Schwere und weiche Kämpfe rangen um die Palme des Sieges. Die Schwimmer zeigten sich in ihrer alten Technik im Schwimmbecken, Ritzspringen und Hindernisschwimmen. Bei einem Flugzeug und einigen witzlichen, glücklichen oder nicht glücklichen Ausfällen, zeigte die amende Arbeiter-Samariter-Kolonie, daß sie schnelle und sichere Hilfe zu bringen imstande ist. Die sportlichen Leistungen waren teilweise sehr anerkennenswert, und wenn die Fortschritte, die der Arbeiterpartei macht, so weiter gehen, braucht er sich hinter dem mit besseren Mitteln begünstigten bürgerlichen Sport nicht zu verärgern. Die nachgehenden Resultate geben darüber ein anschauliches Bild:

Wasser: 100-Meter-Bowl, 1. Kramm, Oberpre, 11,6 Sek. — 200-Meter-Bowl, 1. Linpert, Wilmberg, 25,8 Sek. — 400-Meter-Bowl, 1. Heller, Wilmberg, 4,42 Sek. — 800-Meter-Bowl, 1. Heller, Wilmberg, 1,10 Sek. — 1000-Meter-Bowl, 1. Heller, Wilmberg, 1,10 Sek. — 1500-Meter-Bowl, 1. Heller, Wilmberg, 1,10 Sek. — 2000-Meter-Bowl, 1. Heller, Wilmberg, 1,10 Sek. — 2500-Meter-Bowl, 1. Heller, Wilmberg, 1,10 Sek. — 3000-Meter-Bowl, 1. Heller, Wilmberg, 1,10 Sek. — 3500-Meter-Bowl, 1. Heller, Wilmberg, 1,10 Sek. — 4000-Meter-Bowl, 1. Heller, Wilmberg, 1,10 Sek. — 4500-Meter-Bowl, 1. Heller, Wilmberg, 1,10 Sek. — 5000-Meter-Bowl, 1. Heller, Wilmberg, 1,10 Sek. — 5500-Meter-Bowl, 1. Heller, Wilmberg, 1,10 Sek. — 6000-Meter-Bowl, 1. Heller, Wilmberg, 1,10 Sek. — 6500-Meter-Bowl, 1. Heller, Wilmberg, 1,10 Sek. — 7000-Meter-Bowl, 1. Heller, Wilmberg, 1,10 Sek. — 7500-Meter-Bowl, 1. Heller, Wilmberg, 1,10 Sek. — 8000-Meter-Bowl, 1. Heller, Wilmberg, 1,10 Sek. — 8500-Meter-Bowl, 1. Heller, Wilmberg, 1,10 Sek. — 9000-Meter-Bowl, 1. Heller, Wilmberg, 1,10 Sek. — 9500-Meter-Bowl, 1. Heller, Wilmberg, 1,10 Sek. — 10000-Meter-Bowl, 1. Heller, Wilmberg, 1,10 Sek.

Der Arbeiterpartei-Parade-Verband, Kreis I, hielt zur gleichen Zeit sein viertes Verbandstreffen ab. Die einzelnen Kontarrenten fanden beim Publikum großen Beifall. Sie ergaben folgenden Resultat:

Parade-Verband, 1. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 2. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 3. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 4. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 5. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 6. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 7. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 8. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 9. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 10. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 11. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 12. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 13. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 14. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 15. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 16. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 17. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 18. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 19. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 20. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 21. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 22. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 23. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 24. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 25. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 26. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 27. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 28. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 29. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 30. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 31. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 32. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 33. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 34. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 35. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 36. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 37. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 38. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 39. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 40. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 41. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 42. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 43. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 44. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 45. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 46. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 47. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 48. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 49. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 50. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 51. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 52. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 53. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 54. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 55. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 56. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 57. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 58. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 59. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 60. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 61. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 62. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 63. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 64. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 65. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 66. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 67. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 68. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 69. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 70. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 71. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 72. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 73. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 74. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 75. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 76. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 77. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 78. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 79. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 80. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 81. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 82. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 83. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 84. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 85. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 86. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 87. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 88. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 89. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 90. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 91. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 92. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 93. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 94. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 95. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 96. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 97. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 98. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 99. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek. — 100. Kreis I, 1. Reuß, 1,10 Sek.

Jugendweihle Völkchen. Der Vorbereitungsunterricht beginnt am Dienstag, den 17. August, nachmittags 3 Uhr, im Gesangsraum des Völkchen-Vereins, Markstraße 3. Die Uebungstunden des Jugendweihle-Vereins finden ebenfalls jeden Sonntag, nachmittags 4 Uhr, statt. Es wird bestimmt erwartet, daß alle bereits eingekleideten Kinder (auch die Schulkindern) wieder daran teilnehmen. Anmeldungen zur Jugendweihle werden nur noch vom Genossen Oswald Kreiser, Friedrichstraße, Ringstraße 50, entgegengenommen. Die Genossinnen sind bei Otto Feld, Rainierstraße 14, Paul Kinde, Scheffelstraße 10, und Paul Berner, Wilhelmstraße 3, zu haben.

Die Kommunalverwaltung verschiedener Wirtschaftszweige macht in Groß-Berliner Gemeinden gute Fortschritte. Sehr anerkennenswerte Leistungen hat auf diesem Gebiete Neukölln zu verzeichnen. Bewiesen, Malerei, Tischlerei, Beerigungsstellen usw. und insbesondere die Lebensmittelversorgung werden unter städtischer Regie betrieben. Die ehemaligen städtischen Lebensmittel-Verkaufsstellen, die während des Krieges errichtet wurden, werden von der Kommunalen Neuköllner Großhandels-Gesellschaft ausgehauert. Durch freundliche, geschmackvolle Einrichtung der Läden wird den Wünschen und Bedürfnissen der Bevölkerung in weitestgehendem Maße Rechnung getragen. Auch in hiesiger Beziehung sind diese Verkaufsstellen durchaus einwandfrei. Wir verweisen unsere Leser auf die im heutigen „Tatenspiegel“ erscheinende Annonce der Neuköllner Großhandels-Gesellschaft und empfehlen unseren Genossen, soweit sie nicht Mitglieder der Konsumgenossenschaft sind, insbesondere den Hausfrauen, ihren Bedarf an Lebensmitteln künftig nur in den in dem Infanzel bezeichneten Verkaufsstellen zu decken. Sie dienen damit den Interessen des Sozialismus, zu dessen Verwirklichung die Durchführung der Kommunalisierung ein bedeutender Schritt ist.

Zusammenlegung der Charlottenburger Volkskommissionen. Am 17. August d. J. werden folgende Volkskommissionen zusammengelegt: 1. und 2. in die Räume der B. A. 2, Pestalozzistr. 89/90; 3. (Magazinstr. 19) mit B. A. 3 in die Räume der B. A. 3, Schloßstr. 2; 5. und 6. mit B. A. 5 in die Räume der B. A. 6, Kaiserin-Augusta-Allee 74; 11. und 12. mit B. A. 12 in die Räume der B. A. 12, Sophie-Charlotten-Str. 67/70; 13. und 14. mit B. A. 14 in die Räume der B. A. 14, Pestalozzistr. 40; 18. (Nehringstr. 9/10) mit B. A. 17 in die Räume der B. A. 17, Dandelsmannstraße 46; 28. (Pestalozzistr. 7/8) mit B. A. 27 in die Räume der B. A. 27, Reichenberger-Allee 12; 29. mit 30. B. A. in die Räume der B. A. 30, Wilmbergstr. 53/58. Am Tage des Umzuges, den 17. August, bleiben alle diese Volkskommissionen für den Publikum verkehrt geschlossen.

Im Müggelsee beim Baden ertrunken ist Sonntag nachmittag der Arbeiter A. G. w. s. l. Die Angehörigen wandten sich nach circa 1 1/2 Stunden an die Rettungsmannschaft des Arbeiter-



Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos
Kukirol 100000fach bewährt!
Preis M. 250 In Apotheken und Drogerien erhältlich
Lassen Sie sich nichts anderes anfordern, es gibt nichts Besseres. Aufklärung
Broschüre gratis und franko durch Kurt Krisp, Magdeburg 7

